

Zusammenfassungen der Einzelbeiträge

1.1. Neue Hochrüstung: Ursachen und Alternativen (Andreas Heinemann-Grüder)

Schon ab Ende des vergangenen Jahrzehnts stiegen die globalen Militärausgaben, um nach den Anschlägen vom 11.9.2001 abermals dramatisch anzuziehen. Die neue Hochrüstung indiziert ein Primat „harter“ nationaler gegenüber „weicher“ und kollektiver Sicherheit. Die Hochrüstung ist Ausdruck von Machtambitionen, revisionistischen Absichten, einer Auszehrung herkömmlicher Integrationsideologien und Demokratiedefiziten bzw. autoritärer Regression im Innern. Das Ausmaß der Rüstung wird entscheidend durch Machtideologien, nicht durch verfügbare Machtressourcen *per se* forciert. Eine unipolare Welt, die militärische Überversicherung der USA und die Doppelstandards bei der Bewertung von Massenvernichtungswaffen werden von aufstrebenden Mächten zurückgewiesen und zugleich imitiert. Die unipolare Welt ist instabil, militärische Multipolarität ist es jedoch nicht minder. Ein denkbarer Ausweg bestünde in Sicherheitsgemeinschaften, die von Koalitionen abrüstungswilliger Staaten angeführt werden.

1.2. Empire versus Weltinnenpolitik – Ordnungsmodelle auf dem friedenspolitischen Prüfstand (Sabine Jaberg)

Weltordnungspolitische Konzepte bewegen sich zwischen zwei Polen: ein von den USA geführtes Empire auf der einen, Weltinnenpolitik im Rahmen der Vereinten Nationen auf der anderen Seite. Beide wecken friedenspolitische Hoffnungen: machtgestützte *pax americana* im einen Fall, nachhaltige Zivilisierung des internationalen Systems im anderen. Sie enthalten jedoch auch personale, strukturelle und kulturelle Gewaltanteile. Anders als der imperiale Ansatz bemüht sich Weltinnenpolitik um deren Minimierung. Besonders augenfällig wird die Differenz im Umgang mit militärischer Gewalt: Während das Empire seine Dominanz durch Hochrüstung und periodisch statuierte Exempel stets neu unter Beweis stellen muss, setzt Weltinnenpolitik auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, Kooperation und Interessenausgleich. Sie gilt daher als das friedensförderlichere Rahmenmodell.

1.3. Manie der Unverwundbarkeit – Welche Sicherheit bietet die Raketenabwehr? (Reinhard Mutz und Götz Neuneck)

Die geplante Installation US-amerikanischer Anlagen zur strategischen Raketenabwehr in Polen und der Tschechischen Republik sowie die als Gegenmaßnahmen ausgegebenen russischen Reaktionen belasten die Beziehungen zwischen Washington und Moskau. Im Ost-West-Konflikt gewonnene Erfahrungen über sicherheitspolitische Stabilität werden ignoriert. Einseitige Aufrüstung droht die Rüstungskontrollarchitektur Europas zu untergraben. Eine militärische Bedrohung durch ballistische Flugkörper aus dem Mittleren Osten zeichnet sich einstweilen nicht ab. Hingegen sind die russischen Sorgen um die dauerhafte Abschreckungswirkung ihrer strategischen Nuklearwaffen begründet. Da das amerikanische Projekt mittelfristig eher regionale als globale Sicherheitsbelange tangiert, fordert es insbesondere die Europäer heraus, Stellung zu beziehen.

*1.4. Anfang vom Ende oder Neubeginn konventioneller
Rüstungskontrolle in Europa? (Hans-Joachim Schmidt
und Wolfgang Zellner)*

Die Nichtratifizierung des 1999 unterzeichneten Angepassten Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (AKSE) durch die NATO-Staaten hat Russland veranlasst, den gültigen KSE-Vertrag zum 12. Dezember 2007 zu suspendieren und eine Reihe von Zusatzforderungen zu stellen. Darüber laufen derzeit Verhandlungen, insbesondere zwischen Russland und den USA. Wenn bis zum Sommer 2008 keine Lösung gefunden wird, ist zu befürchten, dass das KSE-Regime zerbricht. Damit wäre nicht nur das Kernstück europäischer Rüstungskontrolle zerstört, auch der nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation formulierte Anspruch auf kooperative Sicherheit in Europa müsste als gescheitert gelten. Nicht zuletzt entfiel das Verifikationssystem, das durch regelmäßigen Informationsaustausch und Vor-Ort-Inspektionen für Transparenz bei konventionell bewaffneten Streitkräften gesorgt hat.

*1.5. Weltrüstungshandel: Gefährliche Normalität der Staatenwelt
(Bernhard Moltmann)*

Die Risiken des Weltrüstungshandels wandeln sich zu veritablen Gefahren für Frieden und Sicherheit. Das Volumen des Rüstungshandels hat das Niveau des Kalten Krieges erreicht. Neben den USA und Russland haben sich EU-Staaten als relevante Anbieter etabliert. Inoffizielle Märkte versorgen anhaltende Gewaltkonflikte. Zu den größten Empfängern gehören der Nahe und Mittlere Osten. Indien und China modernisieren mit Rüstungsimporten ihre Militärpotenziale. Das Bemühen um einen weltweiten Waffenhandelsvertrag ist strittig: Die einen nutzen Rüstungstransfers als außenpolitisches Mittel, andere streben nach deren Begrenzung. Ebenso halbherzig betreibt die EU ihre Verhaltenskodex-Reform für Rüstungsexporte. Gleichwohl wäre es ein Ausweis kluger Politik, Rüstungshandel als Indikator für regionale Rüstungsdynamiken und potenzielle Kriege einzudämmen.

*1.6. Die Modernisierung von Nuklearwaffen und deren
Weiterverbreitung – Zwei Seiten einer Medaille
(Annette Schaper)*

Seit etwa zehn Jahren optimieren die Nuklearwaffenstaaten ihre Arsenale, statt weiter abzurüsten. Ein 1996 für möglich gehaltener *Cutoff* der Kernwaffenmaterialproduktion ist in weite Ferne gerückt; ein Teststoppvertrag ist immer noch nicht in Kraft. Die Wirkung dieser Trends ist verheerend. Das Nichtverbreitungsregime erscheint immer mehr Nichtkernwaffenstaaten als Instrument der Nuklearmächte, um die gegenwärtigen Machtverhältnisse zu zementieren. Zunehmend hinterfragen sie ihre Verpflichtung, auf Kernwaffen zu verzichten. Bisher gab es nur wenige nach Nuklearwaffen strebende Staaten – derzeit Iran und Nordkorea. Die Erklärung dafür ist in ihrer Isolation und aggressiven Außenpolitik zu suchen. Wenn das Nichtverbreitungsregime weiter erodiert, könnten auch weitere Aspiranten auf Atomwaffen aufkommen, die sich in ihrer Sicherheit bedroht sehen.

1.7. Weltraumwaffen und Rüstungskontrolle – Der Wettstreit um militärische Dominanz im All (Marcel Dickow)

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verschwanden die meisten Pläne für Weltraumwaffen in den Schubladen der Verteidigungsbürokratien. Chinas erfolgreicher Antisatellitentest im Januar 2007 und der Abschuss eines defekten Spionagesatelliten durch ein Kriegsschiff der US-Marine im Februar 2008 haben das Thema in die Schlagzeilen zurückgeholt. Über vergleichbare militärische Fähigkeiten verfügen erst wenige Mächte. Hingegen wächst die Zahl der Staaten kontinuierlich, deren zivile Infrastruktur auf Technologien im All angewiesen ist. Sie wären einem Antisatellitenangriff schutzlos ausgeliefert. Abhilfe könnte ein umfassendes Verbot jeglicher Kriegführung im Weltraum schaffen. Unter Berufung auf eigene nationale Interessen stellen sich die USA der Aufnahme von Verhandlungen über die Eindämmung der Gefahren eines Rüstungswettlaufs im All entgegen.

1.8. Der „entfesselte“ Staat? Die Bundesrepublik sucht Schutz vor ihren Bürgern (Hans J. Gießmann)

Wer die Antragsflut der Bundesregierung für neue Gesetze zur inneren Sicherheit beobachtet, fragt sich angesichts immer zügelloser werdender politischer Forderungen nach deren Zweck. Eine veränderte Bedrohungslage durch Terrorismus, die noch schärfere Gesetze und Maßnahmen als bisher begründet, ist nicht erkennbar. Kritiker behaupten, es ginge nicht um Terrorabwehr, die Bundesrepublik befände sich vielmehr im schleichenden Übergang zum orwellischen Überwachungsstaat. Tatsächlich scheint es, als lägen die Hoffnungen für eine vernünftige Balance von Freiheit und Sicherheit nur noch beim Bundesverfassungsgericht, haben doch seine Richterinnen und Richter einige der besonders kritischen Initiativen erst in letzter Instanz kassiert. Kann sich der Rechtsstaat innenpolitisch gegen äußere Bedrohungen nur wehren, wenn er seine verfassungsgemäßen Grundlagen in Frage stellt?

1.9. Hochrüstung in armen Staaten? Differenzierung von Rüstungsdynamiken in Afrika südlich der Sahara (Marc von Boemcken)

Exzessive staatliche Rüstung und Militarisierung ist nicht das größte Problem afrikanischer Gesellschaften. Im Gegenteil, vielerorts fehlt es an einem sowohl effektiven wie demokratisch legitimierten Gewaltmonopol. Dies liegt zum einen an fehlenden Ressourcen, zum anderen aber auch an klientelistischen Regimen, die „Sicherheit“ lediglich als Privateigentum begreifen. Sicherheitssektorreform sollte als entwicklungspolitische Strategie deshalb darauf abzielen, einen fähigen staatlichen Gewaltapparat aufzubauen, der in der Lage ist, private Konfliktdynamiken einzuhegen. Zudem muss dieser Sicherheit als öffentliches Gut verstehen.

1.10. Die Europäische Union: Eine zivilisierende Kraft der globalen Sicherheitspolitik? (Matthias Dembinski und Bruno Schoch)

In einer sich machtpolitisch wandelnden Welt sucht die Europäische Union ihre Rolle. In der wissenschaftlichen Debatte haben sich drei Positionen durchgesetzt: Militärmacht, Zivilmacht und „Nicht-Macht“. Trotz einer zu beobachtenden Militarisierung seit 2003 wird die EU Zivilmacht bleiben. Das liegt nicht, wie bisher angenommen, an den normativen Grundlagen, auf die sich alle EU-Staaten geeinigt haben, sondern an der institutionellen Verfasstheit der EU. Diese repräsentiert die unterschiedlichen Wertmaßstäbe in den Mitgliedsländern. Die Osterweiterung hat zur weiteren Pluralisierung beigetragen. Die Europäische Union taugt nicht zur Militärmacht. Sie sollte sich auf ihre Stärken konzentrieren: langfristige Stabilisierung und Modernisierung gefährdeter Regionen. Dabei ist die Kooperation mit der UNO und anderen internationalen Organisationen alternativlos.

1.11. Verbieht das Völkerrecht den Austritt aus Abkommen zur Rüstungsbegrenzung? (Hans-Joachim Heintze)

Das Völkerrecht veränderte sich grundlegend: Die zuvor sakrosankte Staatensouveränität wurde durch das Gewaltverbot relativiert und die Friedenspflicht zur zentralen Norm. Rüstungsbegrenzung und Abrüstung leisten dazu einen grundlegenden Beitrag. Völkerrechtliche Verträge kommen als Ergebnis eines Konsensus zustande, der politische Interessen widerspiegelt; ändern sich diese, so werden Verträge aufgekündigt oder ausgesetzt. Die völkervertragsrechtlichen Probleme werden anhand dreier Abkommen (strategische Waffen, konventionelle Waffen in Europa und die Nichtverbreitung von Atomwaffen) deutlich gemacht.

1.12. „Vom Eise befreit“: Rüstungskontrolle nach Bush (Harald Müller)

Unter der Bush-Administration hat der amerikanische Unilateralismus Rüstungskontrolle weltweit zum Erliegen gebracht. Dabei machen für die Zukunft wachsende Großmachtrivalitäten, das Risiko eines Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen und zunehmende Interdependenz sicherheitspolitische Kooperation notwendig. Es gibt Vorboten des Wandels: Sogar im US-Sicherheitsestablishment hat sich eine Bewegung für nukleare Abrüstung formiert. Von allen Präsidentschaftskandidaten ist eine moderatere Rüstungspolitik zu erwarten. Großbritannien hat das Ziel vollständiger nuklearer Abrüstung bekräftigt: Viele Hindernisse gilt es zu überwinden, doch nukleare Abrüstung ist möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Ein Verbot der Spaltmaterialproduktion zu Waffenzwecken und ein Verifikationssystem wären erste entscheidende Schritte.

2.1. Risiken des Klimawandels (Volker Teichert und Marie Velarde-Velarde de Noack)

Die Schäden des Klimawandels erreichen nicht alle Staaten gleichermaßen, sie treffen einige mehr als andere. Risiken zeigen sich in Sturmfluten und Überschwemmungen, die u.a. zu Nahrungsmittelrückgängen führen. Gleichermäßen kommt es als Folge der Konsumgewohnheiten in den Industrieländern zu wachsenden Verteilungskonflikten. Ebenso dürfte der Klimawandel die weltweiten Migrationsrisiken erhöhen. Risiken durch Zerfalls- und Destabilisierungsprozesse werden nicht ohne polizeiliche und militärische Kapazitäten einzuhegen sein. Diskutiert werden Konsequenzen für die Weltumweltpolitik; die Autoren plädieren für eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung und einen Weltklimafonds.

2.2. Der konfliktrüchtige Klimawandel – Ein Sicherheitsproblem? (Michael Brzoska)

Der Klimawandel als Problem für Frieden und Sicherheit hat stark mobilisierende Wirkung. Allerdings birgt diese Einschätzung auch Gefahren. Die deterministische Prognose künftiger Migrationsrisiken und Gewaltkonflikte kann in Industrieländern übertriebener Abschottung, wenn nicht gar Aufrüstung Vorschub leisten. Einschlägige Studien zum Klimawandel aus dem Jahr 2007 zeigen, dass die methodischen Grundlagen für Vorhersagen friedens- und sicherheitspolitischer Folgen des Klimawandels wenig belastbar sind. Solche Prognosen können deshalb vorerst nur als Warnungen, nicht als gesicherte Erkenntnisse gelten. Zu fordern sind mehr Forschung zum Zusammenhang von Klimawandel und gewaltsamen Konflikten und die Stärkung von Anpassungsfähigkeit und Widerstandskraft der durch Klimawandel besonders gefährdeten Regionen.

2.3. Die Arktisregion – Von Kooperation zu Konfrontation? (Daniel Lambach)

Der Klimawandel führt in der Arktisregion zu einer Verringerung der Eisdecke, was neue Rohstoffvorkommen und Schifffahrtsrouten wirtschaftlich nutzbar macht. Um diese neuen ökonomischen Ressourcen drohen dort Konflikte zu entstehen, wo die maritimen Grenzen bislang nicht eindeutig festgelegt worden sind. Zwar besteht zurzeit ein Geflecht von Kooperationsbeziehungen, die alle Anrainerstaaten des Polarkreises einbeziehen, jedoch beschränken sich diese Vereinbarungen zumeist auf Umweltfragen. Ein belastbares Regime, das auch die neu entstehenden Verteilungs- und Territorialkonflikte regeln könnte, existiert bislang nicht. Angesichts dieses Regulierungsdefizits ist zu erwarten, dass sich die vorhandenen diplomatischen und wirtschaftlichen Konflikte weiter verschärfen. Eine militärische Auseinandersetzung ist zwar auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, eine Entspannung der Lage jedoch auch nicht.

2.4. Heißer Krieg um kühles Nass? Auswirkungen des Klimawandels auf Wasserkonflikte (Ulrich Ratsch und Florence Mège)

Kriege um Wasser hat es bisher nicht gegeben, wohl aber gewaltsame Auseinandersetzungen auf substaatlicher Ebene. Der Klimawandel wird in einigen Weltregionen die Wasserknappheit und die Verteilungskonflikte verschärfen. Das Risiko unfriedlicher Konfliktlösung wird beispielhaft am Ganges-Brahmaputra-Meghna-System, dem Indus und dem Nil betrachtet sowie im Blick auf semiaride und aride Gebiete Afrikas. Für die Staaten im Indus- bzw. Nilbecken sind Wasserkriege auch künftig sehr unwahrscheinlich. Die Kombination von saisonaler Knappheit einerseits und großen Flutkatastrophen andererseits wird jedoch die Migration aus Bangladesch nach Indien (West-Bengalen und Assam) und damit die Gefahr lokaler Zusammenstöße erhöhen. Auch innerstaatliche Kämpfe um Wasserquellen in Trockengebieten insbesondere Afrikas werden wahrscheinlicher.

2.5. Zum Konfliktpotenzial erneuerbarer Energien (Hans Diefenbacher)

Sowohl die zunehmende internationale Konkurrenz um knapper werdende nicht erneuerbare Energieträger als auch die politische Forderung, den Klimawandel langfristig auf einen Anstieg der Durchschnittstemperatur von zwei Grad Celsius zu beschränken, führen zu der Notwendigkeit, global die Nutzung erneuerbarer Energieträger auszubauen. In vielen Fällen, in denen diese Energieträger – oder die zu ihrer Erzeugung erforderliche Technik – von einer „grünen“ Nischentechnologie zu einer globalen Handelsware werden, kann es zu neuen und intensiven Konflikten kommen. Unter anderem entstehen neue Konkurrenzen, etwa zwischen der Grundnahrungsmittel- und der Energieproduktion. Der Beitrag schildert derartige Konflikte insbesondere am Beispiel der Biomasse und zeigt mögliche Auswege aus dem Dilemma: eine Erhöhung der Energie-Effizienz, eine strenge Zertifizierung für den Anbau von Biomasse zur energetischen Nutzung, die Regionalisierung der Energiepolitik, ein anderes Konsumverhalten.

3.1. Instabiler Autoritarismus: Krisenländer und Krisenregionen (Tobias Debiel und Daniel Lambach)

Neben den „fragilen Staaten“ gibt es in der internationalen Politik eine weitere Kategorie von Krisenländern, die zurzeit wesentlich weniger Aufmerksamkeit erhalten. Dabei handelt es sich um autoritäre Regime in Schwellenländern mit einer hochgradig mobilisierten Gesellschaft, die unter schwerwiegenden latenten oder offenen Konflikten leiden. Diese Länder sind von großer Bedeutung für die regionale Sicherheit, da ein Bürgerkrieg massive Konsequenzen für ihre Nachbarländer hätte. Gleichzeitig ist die langfristige Stabilität ihres Herrschaftsmodells fraglich, da die Staatsmacht oft auf Einzelpersonen oder kleine Gruppen konzentriert ist. Kann eine demokratische Öffnung den Frieden bringen oder führt diese lediglich zum Aufbrechen verborgener Konflikte? Wie sollen sich externe Akteure gegenüber diesen Ländern verhalten?

3.2. Gewaltkonflikte und autoritäre Staatlichkeit in Pakistan (Jochen Hippler)

Pakistan wird von einer Gewaltkrise geplagt, die den Übergang zur Demokratie nach den Wahlen vom Februar 2008 belastet. Dabei müssen vier Konflikte unterschieden werden: Gewalt zwischen sunnitischen und schiitischen Extremisten, eine latente Bürgerkriegssituation in Karachi, die sich allerdings deutlich entspannt hat, ein Aufstand in Belutschistan sowie eine mit Afghanistan und dem „Krieg gegen den Terror“ verknüpfte Situation des Terrorismus und Bürgerkrieges in der Nordwestprovinz, die sich auf andere Regionen auszudehnen droht. Diese Konflikte sind mit dem asymmetrischen Charakter des Staates verknüpft, dessen politische und soziale Institutionen schwach, sein Militär dagegen überentwickelt ist. Ein funktionschwacher, aber autoritärer Staatsapparat wird der heterogenen pakistanischen Gesellschaft übergestülpt.

3.3. Simbabwe zwischen Beharrung und Wandel: Instabilitäten autokratischer Macht (Steffen Stübig)

Seit Jahren leidet die Bevölkerung Simbawwes unter einer schweren Wirtschaftskrise. Opposition und kritisches Engagement wird mit Repression geahndet. Angesichts der Manipulation und dem Betrug bei den Wahlen 2008 ist es wahrscheinlich, dass Robert Mugabe erneut bestätigt wird. Dennoch haben die Wahlen für die Zukunft des Landes entscheidende Bedeutung. Der Wahlausgang könnte die Position des alternen Präsidenten schwächen und dadurch Raum für Veränderung schaffen. Mugabes Ansehen sinkt auch unter den Regierungseliten, die Ablehnung des Regimes in der Bevölkerung nimmt zu. Die internationalen Sanktionen waren weitgehend erfolglos, die Anrainerstaaten verhalten sich (noch) solidarisch zu Mugabe.

3.4. Ägypten zwischen Reformdruck und Beharrungsvermögen (Henner Fürtig)

Das seit 1952 herrschende Regime in Ägypten gehört zu den erfahrensten der arabischen Welt. Externem Demokratisierungsdruck begegnete es ab 1990 mit einer Scheinliberalisierung, die der Westen aus pragmatischen Erwägungen hinnahm. Nach dem 11. September 2001 geriet das Arrangement kurzzeitig in Gefahr, weil Ägypten befürchtete, dass die USA von nun an – im Sinne der Prävention – genuine Demokratisierung höher bewerten würde als Loyalität. Ab 2003 setzte daher ein beispielloser politischer Reformprozess ein, der in einer Mehrkandidatenwahl für das Präsidentenamt und einer Verfassungsrevision gipfelte. Entsprechende Vorkehrungen verhinderten allerdings eine reale Gefährdung der Machtverhältnisse. Westliche bzw. europäische Einflussnahme sollte sich daher nicht länger auf das Regime beschränken, sondern ein neues Verhältnis zur Opposition, insbesondere zur Muslimbruderschaft finden, und maßgebliche Institutionen der Zivilgesellschaft unterstützen.

3.5. Gewaltkontrolle in der Grauzone zwischen Autoritarismus und demokratischem Rechtsstaat – Das Beispiel Kolumbien
(Sabine Kurtenbach)

Die Herstellung eines Mindestmaßes an öffentlicher Sicherheit findet seit dem Ende des Kalten Kriegs zunehmend im Kontext formal-demokratischer oder sich demokratisierender politischer Systeme statt. Die entstehenden Problemlagen werden unter der Frage „Liberalisierung versus Stabilisierung“ diskutiert. Am Beispiel Kolumbiens, seinem langen internen Krieg und gleichzeitig formal-demokratischem Regierungssystem werden die Schwierigkeiten im Umgang mit Politisierung und Kriminalisierung der Gewalt und der sich verändernde interne und internationale Kontext aufgezeigt. In den vergangenen Jahren haben sich in Kolumbien Ansätze entwickelt, wie mit komplexen Gewaltphänomenen im Rahmen bestehender demokratischer Handlungsspielräume umgegangen werden kann. Diese Erfahrungen haben Bedeutung über Kolumbien hinaus.

3.6. Nationalitätenkonflikte in China: Ursachen und Lösungsansätze
(Thomas Heberer)

Protestaktionen der Tibeter und der Tibet-Konflikt haben im Frühjahr 2008 Schlagzeilen gemacht. Der Konflikt wird in den Rahmen der chinesischen Nationalitätenpolitik gestellt. Die indigenen Völker galten lange Zeit als „Barbaren“. Der Kernkonflikt besteht im Fehlen echter Autonomie, der forcierten Modernisierung, die die ethnische Identität bedroht, und der Ungleichbehandlung der Kulturen. Es dominieren traditionelle Hierarchievorstellungen, wonach die Han „Kultur“ besitzen und das politische Ziel in der „Kultivierung“ von Nicht-Han-Völkern besteht. Die Unzufriedenheit wächst infolge von Eingriffen in die Sitten, das Brauchtum und religiöse Glaubensvorstellungen von Minderheiten. Der Beitrag optiert für eine offizielle Anerkennung der Minderheitenproblematik, positive Diskriminierung und eine Föderalisierung.